Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 02.12.2020 **Drucksache** 18/**11799**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**10276**, 18/**11434**

Entwicklung eines Schlachthofkonzepts für Bayern – Faire Rahmenbedingungen für die Schlachtung in Kleinbetrieben

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit zur Stärkung der bayerischen Landwirtschaft und der fleischverarbeitenden Betriebe ein Konzept entwickelt werden kann, um die regionale Wertschöpfung weiter auszubauen.

   Das Konzept soll auf vier Säulen basieren:

   a) der Unterstützung des Metzgereihandwerks,
   b) der Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen selbstständigen Metzgern oder mittelständischen Schlachthöfen und Genossenschaften, bzw. Erzeugergemeinschaften,
   c) dem Erhalt von kommunalen Schlachthöfen und der Förderung besonders schonender und qualitätssichernder Technologien,
   d) der Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben bei Investitionen und Kooperationen im Bereich Schlachtung.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, über Aktivitäten und Ergebnisse zur Förderung der regionalen Schlachtung und über die Rahmenbedingungen für kleinere Schlacht- und Zerlegebetriebe zu berichten und zu prüfen, ob die Rahmenbedingungen hier weiter verbessert werden können.

   Dabei sollen insbesondere folgende Maßgaben berücksichtigt werden:

   a) eine Neuordnung der Fleischbeschaugebühren mit dem Ziel einer landesweiten Vereinheitlichung zur Vermeidung von strukturellen Nachteilen,
   b) eine Reduzierung der Dokumentationspflichten (elektronische Aufzeichnungen und Meldungen etc.),
   c) eine Überprüfung der EU-Auflagen zur Bauausführung,
   d) eine Gleichbehandlung der Lebensmittelwirtschaft bei der Veranlagung der EEG-Umlage (Fleisch- und Wurstindustrie ist bisher freigestellt).

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

3. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen:
   a) ob und inwieweit die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben im Bereich des Lebensmittelhandwerks durch eine einmalige Investitionsförderung unterstützt werden könnten,
   b) inwieweit durch den Gesetzgeber verursachte Kostensteigerungen (z.B Eichgebühren) reduziert werden könnten,
   c) welche kartellrechtlichen Maßnahmen umsetzbar sind, um Dumpingpreise von Fleischprodukten im Lebensmitteleinzelhandel zu unterbinden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident